

Wendepunkte

- Energiepolitik • Mobilität • Umweltpolitik
- Industrie- und Dienstleistungspolitik • Strukturpolitik



Nr. 20 / 28.04.2014

Comeback der Industrie: Bericht zu einer industriepolitischen Fachtagung des DGB..... Seite 1	Rohstoffquelle Elektroschrott: Umsetzung der EU-Richtlinie zum Elektroschrott... Seite 4	Energieeffizienz: Langfristige Politik benötigt Seite 6	Plattform: Pressemitteilungen und Veranstaltungen der Abteilung IDS..... Seite 7
---	---	--	---

Comeback der Industrie – DGB Fachtagung zur europäischen Industriepolitik

Der DGB hat am 8. April 2014 in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung eine Fachtagung mit dem Titel „Comeback der Industrie in Europa“ durchgeführt. Hierzu waren Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Umweltverbänden und Gewerkschaften eingeladen, um die Fragen zu diskutieren, wie eine aktive und nachhaltige Industriepolitik in Europa aussehen kann und in welche Rahmenbedingungen eine solche Politik eingebettet sein muss.

Die Industrie ist eine zentrale Säule für Wohlstand und Arbeitsplätze. Grund genug für den DGB, das Thema „Industriepolitik“ auf die Tagesordnung zu setzen. Die Tagung, die in einem ehemaligen Umspannwerk, der heutigen Palisa.de, in Berlin stattfand, stieß auf großes Interesse. Über 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer wollten sich über den Stand der aktuellen Diskussion um die europäische Industriepolitik informieren und über deren Ausgestaltung mitdiskutieren.

Industriepolitik im Zusammenhang mit den großen Herausforderungen sehen

„Für die Gewerkschaften kommt es darauf an, dass Industriepolitik immer im Zusammenhang mit den großen gesellschaftlichen Herausforderungen gesehen wird“. Dies stellte **Dr. Inge Lippert (DGB)** zu Beginn heraus, die in Vertretung des geschäftsführenden DGB-Vorstandsmitglieds Dietmar Hexel die Einleitungsworte sprach. Diese Herausforderungen sind: Klimawandel, zunehmende soziale Spaltungen und Arbeitslosigkeit in Europa, demografischer Wandel, Digitalisierung der Wirtschaft und des Arbeitslebens und nicht zuletzt die ökonomische Krise in Europa, die in vielen Ländern noch nicht überwunden ist.

Die Stärkung der Industrie müsse daher immer im Zusammenhang mit einem umfassenden sozial-ökologischen Umbau unserer Industrien und Dienstleistungen gesehen werden.



Foto: DGB/Kumpmann

„Eine moderne europäische Industriepolitik“ so Lippert weiter „muss diesen Wandel unterstützen, ihn im Sinne einer Besser-statt-billiger Strategie gestalten und mit Guter Arbeit verbinden“.

Ziele der Europäischen Kommission

Die Ziele der EU Kommission wurden von **Dr. Sebastian Kuck**, Mitglied im Kabinett von EU-Kommissar Antonio

Tajani, vorgestellt. Er betonte zunächst, dass die Kommission bei der Industriepolitik keine eigene Gesetzgebungsmacht hat. Anschließend erläuterte er die fünf Handlungsfelder, in denen die Kommission aber selbst aktiv werden will:

- Kohärenz der Klima-, Umwelt-, Industrie- und Finanzmarktpolitik,
- weitere Integration des Binnenmarktes,
- Schaffung eines unternehmensfreundlichen Umfelds (Abbau von Regulierungen),
- volle Ausschöpfung der finanziellen Spielräume der Innovationsförderung (COSME, Horizont 2020) und
- Ausbildungs- und Fortbildungsprogramme (Erasmus und Erasmus Plus).

Die Kommission strebt an, den Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahr 2020 auf % zu erhöhen.

Ziele des Europäischen Parlaments

Dass Wettbewerbsfähigkeit in Europa in engem Zusammenhang mit den Zielen der Nachhaltigkeit stehen muss, betonte **Reinhard Bütikofer**, Abgeordneter im Europäischen Parlament, der die industriepolitische Initiative des EU-Parlaments vorstellte.

Bütikofer nannte drei Inhalte: erstens die Europäisierung der Industriepolitik, zweitens einen ordnungspolitischen Ansatz, der nicht einzelne Branchen fördert, sondern sich auf die Setzung von Rahmenbedingungen beschränkt, und drittens die Verbindung von Wettbewerbsfähigkeit mit Nachhaltigkeit. Er warnte davor, Industriepolitik als Abkehr von ökologischen Zielen aufzufassen. Stattdessen gehe es darum, industriellen Erfolg gerade auf Nachhaltigkeit zu gründen. Ziel müsse sein, jeden Sektor der Realökonomie zu „vergrünen“. Gleichzeitig sei dem Europäischen Parlament die energieintensive Industrie nicht egal. Bütikofer teilt vielmehr das Ziel, die gesamte Wertschöpfungskette in Europa zu erhalten.

Bütikofer warnte, die EU-Industriepolitik dürfe keine Deregulierungsagenda sein, und kritisierte, dass die vorgesehenen Mittel für die Förderprogramme COSME und Horizont 2020 um 20 % gekürzt wurden. Klare Kritik übte er auch

an der Austeritätspolitik der letzten Jahre: „Industriepolitik kann nicht ausgleichen, was makroökonomisch falsch gemacht wird“. „Wirtschaftliche Erholung erreicht man nicht durch Schrumpfen, sondern durch Investitionen“.

Industriepolitik aus Sicht der Gewerkschaften

Die Position der Gewerkschaften in der industriepolitischen Debatte wurde von **Reiner Hoffmann**, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB, in die Diskussion gebracht. Hoffmann zeigte sich zunächst skeptisch, ob das Ziel eines 20%igen Anteils der Industrie am Bruttoinlandsprodukt erreichbar ist. Dabei machte er deutlich, dass die industriepolitische Diskussion in Europa nicht neu sei. Schon seit 2003 wurden viele industriepolitische Ziele formuliert und bisher nicht erreicht. Daher kommt es darauf an, dass die EU-Kommission nicht nur Ziele definiert, sondern auch Instrumente und Mittel zur Realisierung zur Verfügung stellt.



Foto: DGB/Kumpmann

Zu einer modernen und nachhaltigen Industriepolitik gehörten für Hoffmann eine sektorale Förderung (gute Beispiele hierfür: Chemie, Auto/Cars 21, Stahl), Diversifizierung durch Clusterförderung, Abkehr von der Austeritätspolitik, Re-Regulierung der Finanzmärkte und Nachhaltigkeit unter Berücksichtigung der drei Säulen „Ökonomie“, „Ökologie“, „Soziales“.

„Die Energiewende“, so Hoffmann, „ist eines der zentralen Felder für die Re-Industrialisierung Europas. Sie darf allerdings nicht zu einer übermäßigen Belastung der energieintensiven Industrien führen“. Er forderte eine Neupositionierung der bislang ver stolperten Energiewende. Dabei müsse die Kleinstaaterei überwunden und auf eine Europäisierung der Energiepolitik hingewirkt werden.

Hoffmann unterstützte die Handelsgespräche mit den USA (TTIP), warnte aber davor, dass diese zum Abbau von sozialen Standards und einer Deregulierung der öffentlichen Daseinsvorsorge führen könnten. Freihandel sei nur dann ein positives Instrument der Reindustrialisierung, wenn er durch sozial- und verbraucherpolitische Leitplanken eingerahmt wird.

Die Podiumsdiskussion

An der anschließenden Podiumsdiskussion nahmen die wirtschafts- und energiepolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD **Dr. Joachim Pfeiffer (CDU)** und **Wolfgang Tiefensee (SPD)**, **Reinhard Bütikofer**, das Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands der IG Metall **Wolfgang Lemb** sowie der Leiter der Europa-Abteilung beim BDI **Bernd Dittmann** teil. Die Moderation wurde, wie bereits zuvor, von taz-Journalist **Malte Kreuzfeldt** übernommen.



Foto: DGB/Kumpmann

Über das allgemeine Ziel der Stärkung der Industrie bestand unter den Teilnehmern Einigkeit. Über die Einzelheiten gingen die Meinungen aber auseinander.

Bernd Dittmann unterstützte die zunehmende Europäisierung der Industriepolitik. Noch besser seien weiter gehende internationale Ansätze, wie z. B. das beabsichtigte Freihandelsabkommen zwischen den USA und Europa (TTIP). Die internationale gegenseitige Anerkennung von Produktstandards erleichtere den Austausch von Gütern.

Reinhard Bütikofer warnte hingegen vor den Gefahren des Freihandelsabkommens. Die gegenseitige Anerkennung von Produktstandards würde dazu beitragen, dass die niedrigsten Standards sich durchsetzen. Es sei leider nicht zu erwarten, dass die USA die Arbeitsstandards der ILO übernehme oder durch TTIP Standards angehoben würden.

Auch **Wolfgang Lemb** betonte die Gefahr sinkender Sozial- und Verbraucherschutzstandards durch das TTIP-Abkommen. Ohne einen umfassenden Schutz von Arbeitnehmerrechten und Produktstandards könne man das Abkommen nicht unterstützen. Sehr deutlich kritisierte Lemb die Austeritätspolitik der vergangenen Jahre. Eingriffe in die Tarifautonomie, wie sie in den südeuropäischen Ländern stattfinden, sowie politische Kürzungsmaßnahmen verschärften die Krise und stünden der Reindustrialisierung im Wege.

Ein weiteres kontrovers diskutiertes Thema waren die besonderen Ausgleichsregelungen zur Entlastung der energieintensiven Unternehmen von der EEG-Umlage. **Wolfgang Tiefensee** vertrat hierzu die Position, dass diese Regelungen erhalten bleiben müssen, um die Wertschöpfungskette und Arbeitsplätze zu sichern. Gleichzeitig betonte er aber, dass die Regelungen zielgenauer ausgelegt werden müssen. Die Bemühungen um eine Steigerung der Energieeffizienz müssten drastisch verstärkt werden.

Dr. Joachim Pfeiffer verteidigte ebenfalls die Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen. Dabei lobte er den Kompromiss, der bezüglich der Energiebeihilfen mit der EU gefunden und in die EEG Reform eingearbeitet werden konnte. Dies sei ein guter Tag für den Industriestandort Deutschland gewesen. Nicht die Industrie, sondern die erneuerbaren Energien, so fügte er hinzu, seien die Treiber der Energiepreise.

Autoren: Dr. Inge Lippert/Dr. Ingmar Kumpmann

Rohstoffquelle Elektroschrott – die Umsetzung der EU-WEEE-Richtlinie für Elektroaltgeräte

Am 14. Februar 2014 war der Stichtag für die Umsetzung der europäischen „Waste Electrical and Electronic Equipment Directive“, kurz WEEE-Richtlinie. Mit leichter Verspätung hat das Bundesumweltministerium (BMUB) nun einen Entwurf zur Überarbeitung des Elektronikgerätegesetzes vorgelegt, um diese Vorgaben aus Brüssel auch national umzusetzen. Inhaltlich werden insbesondere die Rücknahmeverpflichtungen der Hersteller und Vertreiber von Elektro- und Elektronikgeräten verschärft. Zudem werden die Erfassungsquoten für Abfälle aus diesem Bereich erhöht.

Umsetzung der EU-WEEE-Richtlinie

Die WEEE-Richtlinie stammt aus dem Jahr 2012. Sie soll vor allem die Sammelquoten von Elektroaltgeräten steigern und das Recycling fördern. Zudem soll der illegale Export von Elektroartikeln in Schwellen- und Entwicklungsländer erschwert werden.

In Deutschland wird diese Richtlinie durch das Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) umgesetzt. In ihm sind das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltfreundliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten geregelt.

Steigende Rohstoffpreise und Konflikte in rohstoffexportierenden Ländern

Deutschland ist als Industrienation in hohem Maße abhängig von Rohstoffimporten. Der Preis bestimmter Rohstoffe ist jedoch in den letzten Jahren stark gestiegen. So lag der Preis pro Tonne Kupfer im Jahr 2003 bei etwa 2.000 USD/t. Mittlerweile hat er sich auf über 9.000 USD/t im Jahr 2013 erhöht. Diese Entwicklung setzt die Unternehmen zunehmend unter Druck.

Hinzu kommen Konflikte um die Garantie von Arbeits- und Umweltstandards in den rohstoffexportierenden Ländern. Eine Vielzahl der benötigten Rohstoffe kommt aus Schwellen- und Entwicklungsländern in Asien, Afrika und Südamerika. Dort spielen bei der Arbeit in den Abbaubetrieben und Minen oftmals der Erhalt der Umwelt und die Gewährleistung von fairen Arbeits- und Gesundheitsbedingungen nur eine, wenn überhaupt, sehr untergeordnete Rolle.

So ist etwa der Kongo reich an Metallen wie Koltan und Zink. Doch obwohl die Nachfrage nach diesen Metallen

auf den Weltmarkt enorm ist, herrscht im Land selbst ein erbitterter Verteilungskampf um diese Ressourcen. Von diesem Rohstoffreichtum profitieren letztendlich nur Wenige. Um diese Probleme anzugehen und gleichzeitig die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, ist es daher ein richtiger Schritt, verstärkt heimische Rohstoffquellen aus Recycling zu nutzen.

Elektroaltgeräte als Ressourcenquelle

Elektrische und elektronische Geräte, beispielsweise Mainboards, Laptops, Mobilfunkgeräte und Tablets, enthalten eine Vielzahl wertvoller Rohstoffe. Nach Schätzungen des BMBF gab es im Jahr 2012 in Deutschland einen Bestand von etwa 83 Millionen Mobilfunkgeräten, zumeist überholte Altgeräte, die in privaten Haushalten ungenutzt herumliegen oder im normalen Hausmüll landen. Gleiches gilt auch für andere elektronische und elektrische Haushaltsgeräte.

Mobilfunkgeräte enthalten etwa zahlreiche Eisen- und Nichteisenmetalle, darunter Edelmetalle wie Gold, Silber, Platin und Palladium, seltene Metalle wie Kobalt und Tantal, sowie seltene Erden wie Neodym. Allein aus dem oben erwähnten Bestand an Altgeräten ließen sich nach Angaben des Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung (BVSE) Rohstoffe in der Größenordnung von 745 Tonnen Kupfer, 325 Tonnen Kobalt, 22 Tonnen Silber, 2 Tonnen Gold und 700 Kilogramm Palladium im Gesamtwert von rund 136 Millionen Euro realisieren.

Hinsichtlich des Recyclings dieser wertvollen Rohstoffe sieht die Bilanz der letzten Jahre noch ernüchternd aus. Eine Studie des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) geht von Verlusten allein bei der Erfassung der Altgeräte von 50

Prozent aus. Durch weitere Verluste bei Vor- und Nachbehandlung in Höhe von 40–70 Prozent bleibt ein verschwindend geringer Anteil der Rohstoffe übrig, der dann einer erneuten Nutzung zugeführt werden kann.

Neue Regelungen des ElektroG

Verbesserungspotential gibt es auf vielen Ebenen. Ein erster Schritt wäre eine Verbesserung des Produktdesigns, das eine einfache spätere Demontage der Geräte am Ende ihres Nutzungszyklus ermöglicht. Fest mit dem Gehäuse verklebte Akkus etwa sind weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll.

An zweiter Stelle steht die Erhöhung der Erfassungsquoten für Altgeräte, für die die vorliegende Anpassung des ElektroG ein wichtiger Schritt ist. Im Gegensatz zur alten Fassung, die nur einzelne Gerätegruppen aufführte, sind jetzt grundsätzlich alle Elektro- und Elektronikgeräte vom Anwendungsbereich des neuen Gesetzes erfasst. Von diesem Grundsatz gibt es nur bestimmte, abschließend aufgelistete Ausnahmen wie Waffen und medizinische Geräte. Zudem sind ab einer bestimmten Verkaufsfläche des Händlers auch Altgeräte von der Rücknahmepflicht erfasst, die kleiner als 25 cm sind. Dies betrifft vor allem Handys oder Tablet-PCs der großen Elektronikmärkte.

Auch an die Produktgestaltung stellt der neue Entwurf des ElektroG höhere Anforderungen. Hersteller müssen ihre Elektro- und Elektronikgeräte möglichst so gestalten, dass insbesondere die Wiederverwendung, die Demontage und die Verwertung von Altgeräten, ihren Bauteilen und Werkstoffen berücksichtigt und erleichtert werden. Dies stellt eine wichtige Grundregel dar, die Voraussetzung für ein funktionierendes Recycling ist.

Abfallvermeidung geht vor Recycling

Im Rahmen der ökologischen Nachhaltigkeit stellt die Wiederverwendung allerdings nur einen Baustein dar. Auf den noch wichtigeren Grundsatz der Abfallvermeidung geht die Neufassung des ElektroG allerdings nur am Rande ein. Dabei stellt dies einen wichtigen Aspekt dar, denn Abfall, der nicht entsteht, braucht auch nicht recycelt zu werden.

Produkte müssen nicht nur so entworfen sein, dass ein späteres Recycling möglichst einfach ist, sondern prinzi-

piell so, dass Abfälle möglichst erst gar nicht entstehen. Dieser Grundsatz sollte im gleichen Maße im Rahmen des Produktdesigns, des Produktionsprozess und des Vertriebs der fertigen Produkte gelten. Mit einer konsequenten Umsetzung dieses Grundsatzes wäre auch ein großer Schritt nach vorne in der Debatte um die geplante Obsoleszenz, also den gewollten vorzeitigen Verschleiß von Produkten, gemacht. Herstellern wird immer wieder vorgeworfen, schon beim Design Schwachstellen in Produkten einzuplanen, die deren Haltbarkeit künstlich verkürzen und den Kauf von Ersatz erforderlich machen.

Export von Elektronikschrott

Damit das ElektroG wirksam umgesetzt werden kann, ist eine ordnungspolitische Überwachung der Maßnahmen unumgänglich. Dies gilt insbesondere auch für den illegalen Export von Elektronikmüll. Eine große Menge Elektronikgeräte wird jährlich als Gebrauchtgeräte deklariert in Schwellen- und Entwicklungsländer etwa in Asien verschifft. Dort werden die Altgeräte unter teilweise einfachsten und gesundheitsgefährdenden Bedingungen auseinandergenommen, um an die dort enthaltenen Rohstoffe zu kommen, der Rest wird meist auf Deponien entsorgt.

Die dort anfallenden riesigen Abfallmengen und die Gesundheitsbelastungen für die Menschen und ihre Umwelt stellen ebenfalls Probleme dar, die nur durch eine verstärkte Überwachung bei der Ausfuhr von Elektronikartikeln gelöst werden kann. Mangelnde Überwachung schadet dabei nicht nur den Exportländern. Die entsprechenden, wertvollen Rohstoffe werden damit auch dem heimischen Zugriff durch Recycling entzogen.

Bewertung

Die Überarbeitung des ElektroG geht in die richtige Richtung. Entscheidend ist jedoch das Zusammenspiel von Abfallvermeidung und einem echten Recycling. Verwertung und letztendlich Entsorgung sollten nur eine nachgeordnete Rolle spielen. Dann kann eine gut organisierte Recyclingwirtschaft in Zukunft eine nationale Rohstoffquelle darstellen, gleichzeitig Arbeitsplätze und Innovation schaffen und dabei auch noch die Umwelt entlasten.

Autor: Daniel Schneider

Energieeffizienz: Langfristige Politik benötigt

Ein Klimaschutzsofortprogramm hat Bundesministerin Barbara Hendricks angekündigt. Es ist geplant, Maßnahmen in den Bereichen Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft einzuleiten. Konkreter wird die Ministerin jedoch nicht und die Details befinden sich zurzeit in der Abstimmung. Gleichzeitig werden aber schon die ersten neuen Förderprogramme eingeleitet. Ein langfristiges Gesamtkonzept scheint bislang noch nicht dahinter zu stecken.

Effizienzförderung noch ein Flickenteppich

Die ersten Programme für mehr Energieeffizienz der Bundesregierung beinhalten eine Abwrackprämie für alte Kühlschränke sowie ein Förderprogramm des BMWi für mehr Energieeffizienz in Produktionsprozessen. Grundsätzlich sind solche Programme notwendig und sinnvoll. Sie adressieren aber nur kleine Bausteine im Bereich Energieeffizienz. Es fehlt hier an der notwendigen Kontinuität und vor allem an langfristiger Planung.

Die Landschaft der Förderprogramme für die Bereiche erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Elektromobilität und Anpassung an den Klimawandel ist bereits jetzt kaum zu überschauen. Gleichzeitig stockt die Finanzierung der unterschiedlichen Förderprogramme aus dem Energie- und Klimafonds. Die Höhe der Fördermittel hängt jährlich von den Einnahmen aus dem Emissionshandel und den jeweiligen Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt ab. Hier ist eine andere Finanzarchitektur dringend erforderlich.

Förderprogramme, wie das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, das Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien im Wärmebereich, der Energieeffizienzfonds und die Nationale Klimaschutzinitiative werden jedes Jahr in unterschiedlicher Höhe ausgestattet. Dies bedeutet für die betroffenen Branchen einen Mangel an Planungssicherheit und verhindert somit auch die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die aktuellen Pläne der Bundesregierung gehen diese Probleme nicht an. Statt gut funktionierende Programme angemessen und langfristig finanziell auszustatten, werden Aktionspläne und Sofortprogramme angekündigt.

Neben dem Klimaschutzsofortprogramm plant die Bundesregierung laut Koalitionsvertrag des Weiteren einen Ener-

gieeffizienz-Aktionsplan sowie die „sachgerechte“ Umsetzung der europäischen Energieeffizienzrichtlinie. Über die Details lässt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie bislang die Öffentlichkeit noch im Unklaren.

Forderungen des DGB

Aus den Fehlern beim Energie- und Klimafonds sollte gelernt werden. Es sollte nicht auf kurzfristige Programme gesetzt werden, die nur Strohfeuer auslösen oder über Jahre an schwankender Unterfinanzierung leiden.

Die Energiewende braucht eine kohärente Gesamtarchitektur. Für die Bereiche Strom, Wärme und Verkehr muss aufgezeigt werden, wie ein Umstieg auf erneuerbare Energien erfolgen kann. Energieeffizienz muss dabei ein Grundpfeiler sein. Energieeffizienz bedeutet, Kosten zu sparen und Zeit für den nötigen Umbau der Energiewirtschaft zu gewinnen.

Im Gebäudebereich gibt es große Einsparpotenziale durch energetische Sanierung und erneuerbare Wärmezeugung. Hierfür müssen die entsprechenden Förderprogramme ausgebaut und sicher finanziert werden.

Des Weiteren liegen insbesondere im industriellen Bereich noch Energieeffizienzpotenziale brach. In Unternehmen ist die Energieeffizienzsteigerung ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und zum Erhalt von Arbeitsplätzen.

Obwohl sich ein Großteil der Investitionen in industrielle Effizienzmaßnahmen grundsätzlich rechnen, sind die Amortisationszeiten oft zu lang. Zudem besteht das Risiko, dass die erhofften Einsparungen zunächst ausbleiben. Hierfür bedarf es langfristiger und angemessener Rahmenbedingungen, die diese Risiken minimieren. Finanzierungsmöglichkeiten für Effizienzmaßnahmen, wie Ausfallrisikobürg-

schaften und Contracting-Modelle sollten deshalb verstärkt in den Fokus genommen werden.

Um die vielfältigen Potenziale in den Unternehmen zu heben, bedarf es detaillierter Kenntnisse der jeweiligen Gegebenheiten im Betrieb. Die Beschäftigten vor Ort können hier mit ihren Erfahrungen einen wertvollen Beitrag leisten.

Deshalb fordert der DGB die Schaffung eines Initiativrechts für Betriebsräte für Energieeffizienzmaßnahmen sowie die Ernennung von Energiebeauftragten in den Betrieben und Verwaltungen.

Autor: Harm-Berend Wiegmann

Plattform

DGB-Pressemitteilung „Nachhaltige Finanzierung der Infrastruktur ist lebenswichtig für Deutschland“ vom 02.04.2014. Bund und Länder müssen die Probleme bei der Verkehrsinfrastruktur schnellstmöglich beseitigen, fordert DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. Die von der Bundesregierung versprochenen 5 Milliarden Euro zusätzlich für Investitionen reichen jedoch nicht aus. Bereits jetzt fehlen jährlich 7,2 Milliarden Euro, um die Verkehrswege zu erhalten... [weiterlesen](#)

DGB-Pressemitteilung „Bund-Länder-Energiegipfel: Energiewende verlässlich vorantreiben“ vom 01.04.2014. Von dem Energiegipfel der Bundesregierung mit den Bundesländern muss ein klares Signal für Verlässlichkeit und Planungssicherheit ausgehen, fordert DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. Spekulationen um eine Renaissance der Atomenergie seien

überflüssig und schädlich für das Investitionsklima. ... [weiterlesen](#)

DGB-Pressemitteilung „EU-Energie- und Klimapolitik muss Industriepolitik und Infrastruktur fördern“ vom 20.03.2014. Anlässlich der Diskussion im EU-Rat zu den Energie- und Klimazielen für 2030 und zur Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sagte DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel, die Re-Industrialisierung Europas sei auf Energieeffizienz, qualifizierte Fachkräfte, Innovationen und intelligente Technologien zu gründen... [weiterlesen](#)